

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen heute angesichts der großen politischen Herausforderungen als kleine marxistische Partei mit geringen Ressourcen vor unglaublichen theoretischen wie praktisch-politischen Herausforderungen:

Marxistische Positionen sind dabei nicht nur in der Krisenanalyse nötig, nicht nur, um Antworten darauf zu geben, was die Ursachen der kapitalistischen Krise sind und wirksame Forderungen aufzustellen. Die möglichen Strategien des Kapitals müssen bedacht, die Klassenkräfte und politischen Veränderungen analysiert werden, Schlussfolgerungen aus dieser Situation gezogen, Handeln organisiert werden.

Im Programm der DKP haben wir die Entwicklung des Kapitalismus von der freien Konkurrenz, den Übergang zum Monopolkapitalismus am Anfang des 20. Jahrhunderts – wie ihn Lenin beschrieb – und neuere Entwicklung hin zum heutigen „internationalen monopolistischen Kapitalismus“¹ geschildert.

Lange bevor die aktuelle Krise ausbrach verwiesen wir auf entsprechende Gefahren.

In Erklärungen Ende 2008, in den Forderungen der DKP zu den EU-Parlamentswahlen 2009, in den Eckpunkten zur Bundestagswahl, in weiteren Erklärungen und Artikeln haben wir frühzeitig unsere Position zu den Krisenerscheinungen, die bei Beschlussfassung des Programms im Jahre 2006 noch nicht sichtbar waren, formuliert.

Aussagen des Parteivorstandes gibt es also sowohl zur ökonomischen Situation in der Krise wie auch zu den politischen Verhältnissen. Erinnerung sei auch an die vielen UZ-Artikel zum Thema und drei von sechs UZ-Extras im Jahre 2009. Wir haben uns im Parteivorstand in den letzten Monaten immer wieder sehr ausführlich mit den Krisenursachen und den Folgen beschäftigt. Umfassend wurde über Schlussfolgerungen für die Arbeit der Partei diskutiert.

Wir waren nicht „sprachlos“, die Partei ist in den letzten Monaten nicht in der Versenkung verschwunden, sondern wir haben klar Stellung bezogen. Ich erinnere hier auch an Erklärungen des Sekretariats des Parteivorstandes bzw. des Vorsitzenden, die man teilweise auch in der „jungen Welt“ nachlesen konnte.

Und diese Stellungnahmen haben sich sehr wohl von denen anderer Linker bzw. der Partei „Die Linke“ unterschieden. Vor allem durch die immer eindeutige und klare antikapitalistische Haltung.

Und wir waren bei vielen Aktionen aktiv dabei. Erinnerung sei hier nur an die Proteste gegen die Münchener Sicherheitskonferenz, an die Demonstrationen gegen Sozialabbau am 20. März in Essen und Stuttgart, an die Ostermärsche usw. usf. Am 24. April wird sich die DKP aktiv an der Menschenkette gegen Kernkraft beteiligen (mit einem „roten Kilometer“).

Liebe Genossinnen und Genossen,

¹ Vgl. zur Begriffsbestimmung die Arbeiten des bekannten DDR-Wissenschaftlers und marxistischen Imperialismusforschers Horst Heininger, beispielsweise H. Heininger, Transnationale Konzerne, die Triade und das Aufkommen neuer Mächte. In: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen. IMSF Frankfurt a. Main, 1995, S. 50 – 64. Übrigens: Der Begriff der Transnationalen Konzerne taucht in der marxistischen Literatur bereits in den 70er, verstärkt aber seit Mitte der 80er Jahre auf um „die Hauptakteure der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung“ zu kennzeichnen, auf die, so Heininger 1995 (!), „direkt mehr als ein Drittel der Weltproduktion“ entfällt. Und weiter schrieb er vor 15 Jahren „... ihr indirekter Einfluss ist weit höher zu veranschlagen ...“ (S. 54). Umso verständlicher ist, dass sich bis zum heutigen Tag einige Genossinnen und Genossen in unserer Partei gegen Begriffe wie Globalisierung (im Programm der DKP genau bestimmt), Transnationale Konzerne (TNK oder TNC) usw. verwahren.

Heininger machte übrigens schon damals darauf aufmerksam: „Ein Grundzug internationaler staatsmonopolistischer Entwicklung ist die Anpassung staatlicher Wirtschaftsaktivitäten an die moderne monopolkapitalistische Internationalisierung.“ Er machte schon damals darauf aufmerksam, dass die „Internationalisierung der ökonomischen Verhältnisse – vor allem getragen von den TNC – der politischen Verhältnisse vorausgeeilt ist.“

All dies ins Stammbuch auch derjenigen, die – unter Fehlinterpretation des Ausspruchs von Karl Liebknecht (und unter Missachtung der damaligen historischen Situation) – den „Hauptfeind“ immer noch (nur?) im eigenen Land sehen.

In unseren Debatten und in den Beiträgen haben wir herausgearbeitet: Diese Krise ist nicht plötzlich entstanden. Sie hat ihre Ursachen in den gesellschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus. Die gegenwärtige ökonomische Krise ist eine Doppelkrise: Sie ist sowohl zyklische Krise als auch eine Krise des neoliberalen, finanzdominierten Wachstumsregimes. Und im Antrag des Parteivorstandes zur „Politischen Resolution“ des 19. Parteitages verweisen wir auf einen weiteren Umstand:

„Die gegenwärtige Krise unterscheidet sich von früheren: Verschiedene Krisenprozesse - Finanz- und Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise, Ernährungskrise, Krise der Politik und der Demokratie, die anhaltende Krise im Nahen Osten, das Scheitern der USA und der Nato im Krieg in Afghanistan, im Irak, usw. usf. - beeinflussen und verstärken sich gegenseitig.“

Wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Krise um eine „Große oder Übergangskrise“. Im vorliegenden Antrag „Politische Resolution“ heißt es dazu:

„Dies aber würde bedeuten, dass grundlegendere Umbrüche in den gesellschaftlichen Verhältnissen – den Formen der Produktion, der Machtausübung des Kapitals, im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, im internationalen Kräfteverhältnis, usw. – vor sich gehen könnten.

Die gegenwärtige Krise ist jedoch nicht das Ende des Kapitalismus. Sie könnte sich als Übergangskrise zu einer neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus erweisen. Sie könnte aber auch die Suche nach einem demokratischen Ausweg beschleunigen.“

Daraus ergeben sich Konsequenzen für das Handeln der Gegenkräfte. Um Veränderungen durchzusetzen ist aber – so unsere Aussage im Antrag zur „Politischen Resolution“ - eine andere Quantität und Qualität der Entwicklung von politischem Massenbewusstsein und daraus resultierender politischer Bewegung nötig.

Und zugleich werden die gesellschaftlichen Bedingungen schwieriger, solche Veränderungen zu erreichen.

Die größte Krise seit dem 2. Weltkrieg hat umfassende Auswirkungen auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Einige Fakten dazu:

- § 2009 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland abgestürzt.
- § Das Steueraufkommen sank 2009 um 5,9 Prozent. In Folge der Krise verschärfen sich die Defizite in den Sozialkassen.
- § Die Nettolohnsumme verminderte sich um 1 Prozent und sank auf 636 Milliarden Euro. Einschließlich der Teuerungsrate von 0,4 Prozent machte der Kaufkraftverlust 1,4 Prozent aus.
- § In der Bundesrepublik Deutschland gab es in den letzten 5 Jahren einen Reallohnverlust. Gleichzeitig steigen die Vorstandsbezüge, die Boni und variablen Bezüge in den multinationalen Großkonzernen und Banken, die Aktienoptionen wachsen, die Aufsichtsratsantienmen steigen. Spitzenreiter ist Deutsche-Bank-Chef Ackermann, der fast 10 Millionen Euro pro Jahr erhält.
- § Das zu Jahresbeginn beschlossen von der Bundesregierung so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, ist ein Reichtumsbeschleunigungsgesetz. Die Unternehmensteuerreform wird zu Gunsten der Unternehmen nachgebessert. Die Erben erhalten günstigere Erbschaften zu Lasten von Steuern, die insbesondere den Gemeinden fehlen. Usw. usf.
- § Und die DAX-Konzerne in Deutschland kündigen weiteren Stellenabbau an. Laut tarifvertraglicher Regelung soll die Arbeitsproduktivität z. B. bei Volkswagen um jährlich

10 Prozent steigen. Da kaum mehr Autos zu verkaufen sein werden, entsteht auch dort perspektivisch eine Gefahr für Arbeitsplätze und Standorte.

- § Jeder vierte junge Erwerbslose lebt in Deutschland in Armut. 16,3 Prozent der Kinder sind von Armut betroffen.
- § Zurzeit gibt es in Deutschland offiziell 3,25 Millionen Arbeitslose und ca. 1 Million Kurzarbeiter. 6,7 Millionen Menschen müssen von Hartz IV leben.
- § Die kommunalen Investitionen gehen zurück. Real findet, bedingt durch fehlende Mittel, vor allem in den Kommunen ein gewaltiger Demokratieabbau statt.

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29.1.2009 hieß es: „Würden die Reichen dieser Erde ihr Geld ordentlich versteuern, nähmen die Regierungen ... mindestens 255 Milliarden Dollar mehr ein. Zum Vergleich: Bei einer Verdreifachung der weltweiten Entwicklungshilfe auf 195 Milliarden US-Dollar könnte die Armut innerhalb von 6 Jahren halbiert und 1 Million Menschenleben durch eine bessere medizinische Versorgung gerettet werden.“

¶

Die bestimmenden Kräfte des Kapitals reagieren – bei anhaltender Schwäche der Gegenkräfte in weiten Teilen der Welt und vor allem der Arbeiterbewegung - mit wachsender Aggressivität auf die zu nehmende Labilität und Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich ausweitenden globalen Probleme und die zunehmende Akzeptanzkrise des heutigen Kapitalismus:

- durch die Beschleunigung des sozialreaktionären Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes, zunehmende Prekarisierung und der Ausbau des Niedriglohnssektors; durch weitere Privatisierung und Deregulierung;
- durch den Abbau demokratischer Rechte und beschleunigter Schritte in Richtung eines autoritären „Sicherheitsstaats“ bei Beibehaltung formaler Demokratie;
- durch die institutionelle Absicherung der neoliberalen Politik und Ideologie² auf EU-Ebene.
- durch den „permanenten Krieg“ zur Sicherung der imperialistischen Weltordnung und auch durch eine engere Verzahnung von USA, NATO und EU; mit dem „Krieg um Öl“ und andere Ressourcen als Antwort auf die globale Energiekrise;
- durch die Legitimation autoritärer Herrschaftsvarianten, indem die drohende Klimakatastrophe vorgeschoben wird – die Polarisierung zwischen den kapitalistischen Metropolen und den unterentwickelt gehaltenen Ländern wird dabei auf die Spitze getrieben;

Sie entwickeln nicht nur Vorstellungen, was nach der Krise kommt, sondern setzen ihre Vorstellungen bereits um bzw. treffen entsprechende Vorbereitungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Warum gelingt es aber in dieser Situation, in der die Krisenauswirkungen für die Mehrheit der Menschen immer spürbarer werden, nicht, zu einer starken Massenbewegung des Widerstandes, möglicherweise sogar für politische Alternativen und Perspektiven, zu kommen? Ich spreche hier nicht über Griechenland, sondern über die Bundesrepublik Deutschland und die Mehrheit der entwickelten kapitalistischen Industrieländer.

Das ist eine Frage, die Kommunistinnen und Kommunisten – ohne dass wir Vereinfachungen zulassen dürfen - beschäftigen muss, die wir beantworten müssen. Entsprechende Schluss-

² In unserem Parteiprogramm bestimmen wir eindeutig, was wir unter „Neoliberalismus“ verstehen: „Der Neoliberalismus ist die Ideologie und Politik, mit der die Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise, der Produktionsverhältnisse vorangetrieben wird, um diese dem neuen Stand der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen anzupassen und dem Kapital verbesserte Verwertungsbedingungen zu verschaffen.“

folgerungen sind zu ziehen. Auch im Antrag zur „Politischen Resolution“ beschäftigen wir uns mit dieser Frage und ersten Antworten.

Es gibt **objektive wie subjektive Gründe für den unzureichenden Widerstand**. Dazu gehört u. a.

- In den letzten Jahrzehnten haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in unserem Land grundlegend verändert. Die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, vor allem seit 1990, hat zu dabei einer enormen Differenzierung der Existenzbedingungen und Interessen der Werktätigen geführt, hat die alten Arbeitermilieus aufgelöst.
- Entstanden sind – vor allem durch die Entwicklungen der ökonomischen Basis des Kapitalismus – neben den traditionellen „Spaltungslinien“ innerhalb der Arbeiterklasse Dutzende neue, entlang von Klassenfraktionen, Geschlechtern, Ethnien und Nationen, verursacht durch die Veränderungen der Unternehmensstrukturen, durch die neue Organisation der Arbeit, neue Betriebsweisen und Managementkonzepte in den Betrieben, durch reaktionäre gesellschaftliche Veränderungen (einschließlich einer entsprechenden Bildungspolitik, des Einsatzes der bürgerlichen Medien usw.), durch Prekarisierung, Erosion des klassischen „Normalarbeitsverhältnisses“ und Aufweichung der „Normalerwerbsbiographie“, durch die Standortpolitik der Transnationalen Konzerne.
- Die Massenmedien vernebeln die Hirne, in Schulen erfahren Kinder und Jugendliche nur wenig über Geschichte und gesellschaftliche Zusammenhänge. Der Einfluss der bürgerlichen Ideologie ist – trotz sich verändernder Aussagen in Umfragen der großen Meinungsforschungsinstitute, was die Einschätzung des Kapitalismus oder den Sozialismus betrifft - weitgehend ungebrochen. Entsprechende Denkweisen, Wertorientierungen, Normen etc. wirken und damit eignen sich - bewusst oder unbewusst - die Beherrschten Vorstellungen, Denkformen, Wertvorstellungen an, die ihren eigenen objektiven Interessen widersprechen.

Politisches Wissen über die wahren Zusammenhänge, die zu dieser Krise führten, über mögliche gesellschaftliche Perspektiven und Alternativen ist deshalb nicht oder kaum verbreitet

- Einschüchternd wirken staatliche Gewalt und Überwachung.
- Und die Ursachen liegen nach wie vor auch in den Erfahrungen der Niederlage des Sozialismus in Europa.

Aber wir müssen auch konstatieren,

- Dass nach wie vor das Prinzip Hoffnung wirkt. Viele Menschen glauben an einen bald neu beginnenden Aufschwung. Sie hoffen, dass es bald einen Wechsel zu besseren Verhältnissen geben wird.
- Und Angst ist in der Gesellschaft weit verbreitet: Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst, den Anschluss zu verpassen. Angst vor einer ungewissen Zukunft. All das prägt das Handeln der großen Mehrheit. Die Alternative, solidarisches gemeinsames Handeln und Kämpfen, wird hierzulande nur hier und da erkannt. Als wirksames Instrument erweist sich auch hier die Harz-IV-Gesetzgebung. Im Antrag „Politische Resolution“ des Parteivorstandes an den 19. Parteitag heißt es in diesem Zusammenhang

„Angst vor sozialem Abstieg, zunehmende Unsicherheit bestimmen das Leben vieler Menschen. Nicht wenige hoffen auch, die Krise wäre bald überwunden und vertrauen – trotz wachsender Skepsis - den Regierungsversprechen nach baldigem „Aufschwung“.

Das wirkt – trotz wachsender Einsicht, dass diese Gesellschaft sozial ungerecht ist, trotz des sinkenden Vertrauens in den Kapitalismus - nach wie vor stärker als die Bereitschaft zu Widerstand. Aus Empörung und Wut erwächst noch kein gemeinsames

Handeln. Angst und Unsicherheit, zunehmende soziale Ungleichheit und Entsolidarisierung wirken sich wesentlich und negativ auf die Entstehung wie die Ausweitung betrieblicher, gewerkschaftlicher Gegenwehr wie die Formierung eines allgemeinen, breiten außerparlamentarischen Widerstandes aus.“

- Die politische Linke hat bisher kaum alternative Positionen entwickelt, die Mehrheiten erreichen und überzeugen. Und wir müssen uns eingestehen: die kommunistische Bewegung ist nach wie vor schwach und hat nur partiell auf Einzelbelegschaften oder in einzelnen Auseinandersetzungen Einfluss entwickeln können.
- Die Gewerkschaften führen teilweise Abwehrkämpfe. Vorhandene sozialpartnerschaftliche und auf Co-Management ausgerichtete Politik verhindert eine Politisierung und Mobilisierung.
- In dieser Situation wirken neofaschistische und reaktionäre Positionen und Konzepte in Teilen der Bevölkerung. Wahlergebnisse wie aktuell in Ungarn, in den Niederlanden, in Frankreich, Italien signalisieren dies. In der Bundesrepublik Deutschland ist es nach einer Meinungsumfrage so, dass 70 Prozent der Bevölkerung sich vorstellen könnten, auch im Sozialismus zu leben, wobei die gleiche Mehrheit dann vor allen Dingen jenen vermeintlichen „Sozialschmarotzern“, den Hartz-IV-Empfängern, die Schuld gibt, dass es zu dieser Krise gekommen ist.

Ich spreche hier einerseits über die allgemeinen objektiven und subjektiven Voraussetzungen, unter denen wir als Partei und andere Linke wirken und über die Klassenbasis unserer Politik und Organisation.

Auf der anderen Seite müssen wir uns in dieser Situation und auf der Basis einer umfassenden Analyse über **unsere Aufgaben** verständigen.

Dabei gilt es zunächst unsere eigenen Beschlüsse ernst nehmen: das, was wir in unserem Parteiprogramm geschrieben und uns in langen Jahren der kollektiven Diskussion gemeinsam erarbeitet haben, das, was wir auf dem 18. Parteitag in unseren Arbeitsvorhaben für 2008/2009³ beschlossen haben und andere Dokumente.

Warum überlegen wir also auf dieser Grundlage nicht gemeinsam in der ganzen Partei, was ist neu in der Entwicklung der letzten Jahre (Besonderheiten der gegenwärtigen, was sind die Strategien des Kapitals, was mögliche und durchsetzbare Alternativen usw. usf.) und wie kann man die zersplitterten Gegenkräfte zusammenführen und breite Allianzen formieren? Was können wir mit unseren sehr bescheidenen Kräften dazu beitragen?

³ So heißt es beispielsweise Im Arbeitsvorhaben für 2008/2009 der DKP unter anderem angesichts der vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen – wobei eine mögliche Krise durchaus schon vorausgesehen wurde:

„Unter diesen Bedingungen muss die DKP durch ihre theoretische Arbeit und ihr politisches Handeln ihre gesellschaftliche Notwendigkeit und Nützlichkeit für die arbeitende Klasse und die Bewegungen nachweisen. Dabei ist es Aufgabe der DKP, die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzuzeigen und die Ursachen von Krieg, Sozialabbau und Erwerbslosigkeit als kapitalistisch bedingt darzulegen, die erst in einer sozialistischen Gesellschaft behoben werden können.

Die Aufgabe der DKP liegt v. a. in der Erarbeitung politischer Strategien zur Entwicklung von Widerstand und der Durchsetzung progressiver Reformen sowie der Förderung der dafür notwendigen Kämpfe. Dabei kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner, müssen selbst für ihre Interessen aktiv werden. Deshalb stehen der außerparlamentarische Kampf und die Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen im Zentrum unserer Tätigkeit.

Als Teil der Bewegung wirkt die DKP für die Entwicklung der Bewegungen, d. h. insbesondere, dass Kommunistinnen und Kommunisten

- § aktiv zur Entwicklung einer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beitragen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert;
- § ihre praktische und theoretische Mitarbeit in den Bewegungen verstärken, vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung, den antifaschistischen Initiativen;
- § sich für die Vernetzung und Zusammenarbeit der Bewegungen, vor allem in Form der Sozialforen, einsetzen; sich in der Organisationen übergreifenden Vernetzung antikapitalistischer und marxistischer Kräfte engagieren.

In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen muss die DKP zu der Erkenntnis beitragen, dass ein Politikwechsel ohne Eingriffe in die monopolistischen Eigentums- und Verfügungsrechte nicht zu haben ist, und dass der Kapitalismus überwunden werden muss, weil im Kapitalismus keines der Probleme der arbeitenden Menschen gelöst werden kann.

Der Kapitalismus ist nicht nur zum Hemmnis für die Entwicklung der Menschheit geworden, sondern gefährdet die Existenz der menschlichen Gattung insgesamt.“

Uns ist sicher dabei allen klar, dass wir von einem Einfluss, den wir in den 70er und 80er Jahren besaßen, ziemlich weit entfernt sind. Aber um überhaupt wirksam zu werden, brauchen wir zuallererst einheitliches Handeln in den eigenen Reihen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dazu ist, was sicher allen klar ist, eben eine umfassende, eine realistische Analyse der gesellschaftlichen Situation nötig. Ausgehend davon müssen wir dann unsere bescheidenen Kräfte so einsetzen, dass wir mehr Wirkung als bisher erzielen können.

Wenn wir uns aber die heute real existierende Arbeiterklasse schön reden, nicht die Differenzierungen und unterschiedlichen Interessenlagen sehen, die Entwicklung der Klassenbasis bzw. der Arbeiterklasse⁴ nicht beachten und offenbar meinen, sie warte nur darauf, dass jemand sie an ihre historische Rolle erinnere, und man müsse sie nur aufklären, Klassenbewusstsein vermitteln, dann schon würde sich etwas ändern, der wird dem – wie das 84er Papier - nicht gerecht. Dann nutzt auch eine scheinbar realistische Betrachtung der eigenen Kräfte nichts.⁵

Und was meinen Ausgangspunkt betrifft:

Wir können als DKP nur wirksamer werden, wenn wir konsequent bei der Hinwendung zu den konkreten Lebensbedingungen und Bedürfnissen der arbeitenden Menschen, sowohl in Betrieben wie in den Kommunen, in den Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen, der Jugend sowie der älteren Generationen der Arbeiterklasse, den Rentnern und Pensionären bleiben. Das ist schwierig, wenn wir die Altersstruktur unserer Partei beachten. Aber Veränderungen kann man nicht mit Phrasen oder radikalen Losungen erzwingen.

Offenbar ist gerade heute „ein besonders langer Atem“ nötig, um diese größere Wirksamkeit zu erreichen.

Wir brauchen dazu die Vermittlung und Verbreiterung von positiven Erfahrungen der „Massenarbeit“ - der Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, in den Sozialbündnissen, in Bürgerinitiativen vor Ort, in der Friedensbewegung, im Antifa-Bereich usw., die ja zum Glück noch immer in der DKP vorhanden sind. Ein Stopp der schwarz-gelben sozialreaktionären Pläne ist nur möglich, wenn sich dafür Bündnisse formieren und zusammenschließen, die über den einzelnen Anlass hinaus für eine soziale und demokratische „Wende“ in der Entwicklung der BRD eintreten. Diese wird nur gegen die Interessen der Finanz- und Industriekonzerne, der Monopolbourgeoisie, zu erreichen sein. Und zwar nicht durch parlamentarische Kompromisserei, sondern durch außerparlamentarische Kämpfe.

Ansatzpunkte solche Bewegungen sind vielfältig. Zunehmend gibt es – worauf auch im Antrag zur „Politischen Resolution“ verwiesen wird, wachsende Streikbereitschaft. Die gewerkschaftliche Diskussion über die kapitalistische Ökonomie hat wieder zugenommen;

„... an der Basis der Gewerkschaften wurden Lernprozesse angestoßen, IG-Metall-Jugend und andere traten in den vergangenen Monaten bei Protestaktionen immer wieder mit deutlicher werdenden antikapitalistischen Positionen auf“.

Gerade jetzt kommt es darauf an, dass Kommunistinnen und Kommunisten in die Debatten und Auseinandersetzung die Eigentumsfrage einbringen. Die Forderung nach Überführung wichtiger Schlüsselindustrien und von marktbeherrschenden Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle findet eine gewisse Resonanz, zumindest bei linken Kräften und in konkreten Auseinandersetzungen.

⁴ Vgl. hierzu auch die Aussagen sowie Fragestellungen im aktuellen Parteibildungsthema „Arbeiterklasse heute“.

⁵ Zur Argumentation gegen das 84er Papier siehe die Ausführungen im Anhang. Ich habe, da es sich doch um eine umfassendere Stellungnahme handelt, aus Zeitgründen nur wenige der darin enthaltenen Argumente auf der Versammlung in Dortmund vorgetragen bzw. nur verkürzt in die Debatte eingebracht.

Im Antrag „Politische Resolution“ heißt es weiter:

„Doch die Auseinandersetzung ist nicht nur auf den Antagonismus von Kapital und Arbeit und die damit verbundenen unmittelbaren sozialen wie ökonomischen Interessen beschränkt.

Auseinandersetzungen vollziehen sich und sind auch notwendig im Bereich der sozialen Sicherungssysteme (Gesundheit, Pflege, Renten). Aber auch die Geschlechterfrage, der Kampf um Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frau, bleibt ein Feld der Auseinandersetzung. Es gibt zunehmende Aktionen gegen die Bildungs- und Ausbildungsmisere, für eine klimafreundlichere Ökologie- und Energiepolitik, gegen Atomkraftwerke, für die Verteidigung demokratischer Rechte sowie für die Abkehr von Krieg und Militarismus.

Auseinandersetzungen sind vorhersehbar und auch notwendig im Bereich der sozialen Sicherungssysteme (Gesundheit, Pflege, Renten). Aktionen gegen die Ausbildungsmisere über eine klimafreundlichere Ökologie- und Energiepolitik sowie die Abkehr von Krieg und Militarisierung der Gesellschaft stehen auf der Agenda.“

Aber sie werden aktuell besonders im Kampf um das deutliche Ansteigen der für 2010 prognostizierten Arbeitslosigkeit, um den Erhalt der Arbeitsplätze und der bisherigen Tarifstandards notwendig sein.

Die aktuellen Erfahrungen bestätigen aber auch die alte Erkenntnis, dass es keinen Automatismus gibt: Aus sozialem Protest und Widerstand – soll dieser nicht wieder in Anpassung und Resignation münden oder in perspektivlosen Revolten – erwächst nicht von selbst eine Diskussion und Bewegung für Gegenwehr. Auch die Illusion hilft nicht, man könne mit radikaleren Losungen schnell Überzeugungen und Bewegung schaffen. In der Regel, das zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung, vertieft das Scheitern solcher Ansätze nur die Resignation. Im Antrag zur „Politischen Resolution“ des 19. Parteitag heißt es deshalb auch:

„Einsichten und Klassenbewusstsein wachsen nur in Auseinandersetzungen und damit in Lernprozessen, zu denen wir als Kommunistinnen und Kommunisten in den gesellschaftlichen Kämpfen unseren Beitrag sowohl personell, organisatorisch wie vor allem inhaltlich leisten wollen.

Dabei geht es vor allem auch darum, Wissen und Einsichten über Zusammenhänge zu vermitteln, Argumente einzubringen, Wege für die Zukunft aufzuzeigen, strategisch zu orientieren. Aber das kann nicht wirksam werden, wenn es nicht gelingt, Menschen zu mobilisieren für ihre eigenen Interessen aktiv zu werden und über die ‚Tagesforderungen‘ hinaus zu denken.

Dies kann nicht gelingen, ohne dass Menschen in Auseinandersetzungen Erfahrungen gewinnen und lernen.“⁶

Aber um aktiv wirksam werden zu können, um diese Erkenntnisse „voranzutreiben“ – und da geht es um weit mehr als nur die Formierung von Widerstand in den heutigen Kämpfen, sondern auch um eine offensivere Debatte über gesellschaftliche Alternativen, über Sozialismus -, müssen wir als Mitglieder der DKP selbst mehr lernen, uns umfassender mit dem Marxismus und marxistischen Analysen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse auseinandersetzen, uns nicht mit einmal Studiertem oder Gelesenen zufrieden geben. Das heißt nicht nur, die Bildungsarbeit zu intensivieren.

Mein Vorschlag und meine Meinung ist: Konzentrieren wir uns für die Parteitagvorbereitung auf die vorliegenden Anträge des Parteivorstandes zum Parteitag. Sie sind Ergebnis einer ersten kollektiven Verständigung in der Arbeitsgruppe und mit den Konsultanten, die

⁶ Erinnert sei an die Aussage Lenins „Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten zu dieser Position gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen ...“ (LW, Bd. 31, S.60)

der Parteivorstand zur Erarbeitung dieser Anträge bestimmt hatte und Ergebnis der folgenden Diskussion im Parteivorstand.

Lasst uns vor allem darüber diskutieren, Veränderungsvorschläge erarbeiten, aber in dieser Debatte wie auch bei den Bildungsthemen uns mit dem 84er Papier und/oder auch den Thesen beschäftigen und wenn nötig auseinandersetzen.

Daraus werden dann meine Erachtens auch Erkenntnisse, überlegte Differenzen bzw. Argumentationen zu den anderen vorgelegten Dokumenten wachsen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

abschließend noch einige Bemerkungen zu den Beschlüssen der 10. Parteivorstandstagung am 27. und 28. März.

Auf dieser Parteivorstandstagung wurden weitere Anträge an den 19. Parteitag beschlossen, die Antworten auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen geben oder einen Diskussionsprozess befördern wollen. Das waren die zur politischen Resolution des 19. Parteitages sowie das aktionsorientierte Handlungsprogramm „Politikwechsel erkämpfen!“. Auf der 9. Parteivorstandstagung Ende Januar wurde beschlossen, die Thesen des Sekretariats des PV nicht als Antrag zum Parteitag zu beraten und zu beschließen, sondern zwei neue Anträge zu erarbeiten.

Dieser Auftrag wurde erfüllt.

Vor allem im Antrag „Politische Resolution“ wird – ausgehend von den Darlegungen des Parteiprogramms - auf die Krise eingegangen, auf die wesentlichen Ursachen wie auf die Krisenfolgen für die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Rentner und die Auswirkungen für die junge Generation. Es wird aufmerksam darauf gemacht, dass das Kapital nach Wegen aus der Krise sucht, die alle zu reaktionären Veränderungen führen werden – egal ob ein „New Green Deal“ oder anderes favorisiert wird.

Die heute politische Situation wird charakterisiert und nach Wegen aus der Situation gesucht. Zudem wird nach den Ursachen gefragt, warum es derzeit hierzulande nicht mehr Widerstand gibt. Dazu hätte sicher mehr gesagt werden müssen, aber eine politische Resolution ist keine wissenschaftliche Abhandlung, in der die Kompliziertheit und Komplexität jener Prozesse, in denen Klassenbewusstsein und die Bereitschaft zum aktiven Handeln entsteht, untersucht werden kann.

Dann werden die Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten, zur Formierung des Widerstandes beizutragen und zur Entwicklung von Klassenbewusstsein, bestimmt.

Die politische Ebene wird dabei nicht – wie weitgehend im 84er Papier - auf die ökonomische reduziert – und umgekehrt.

Im Antrag „Politikwechsel erkämpfen!“ geht es vor allem um die Frage, wie die Partei aufgestellt sein muss, um die politischen Aufgaben „zu meistern“ und für welche politischen Forderungen wir uns in den heutigen Kämpfen einsetzen sollten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam machen, dass dies keine neuen Forderungen sind, sondern solche, die wir bereits seit Jahren diskutieren und die wir im Parteivorstand zuletzt in den Eckpunkten der DKP zu den Bundestagswahlen beschlossen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Noch gelingt es dem politischen Gegner, uns und andere linke gesellschaftliche Kräfte auch mit Antikommunismus wirksam zu bekämpfen. Zeiten des Übergangs erfordern gründliches Denken und Nachdenken, kollektive Debatten und Einschätzungen, aber auch mutiges Han-

deln, die Verarbeitung von Erfahrungen, die Umsetzung von Schlussfolgerungen in Bewegungen.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Aber gemeinsam. Nicht gegeneinander. Nur so können wir politisch stärker in der Gesellschaft wirken.